

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

Heinz Oskar Vetter MdEP
plädiert für internationale
Umweltschutzmaßnah-
men: Zwischenstaatliche
Informationspolitik uner-
läßlich.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP
fordert umfassenden
Atomteststopp: Atomtest-
stopp machbar und nach-
prüfbar. (Teil II und
Schluß)

Seite 3

Ernst Waltemathe MdB
erläutert die innenpoli-
tische Situation in Chile:
Wann stürzt die Militär-
junta?

Seite 5

41. Jahrgang / 132

16. Juli 1986

Zwischenstaatliche Informationspolitik unerläßlich

Gute Grundlage für Umwelt-Zusammenarbeit

Von Heinz Oskar Vetter MdEP

Ich glaube, niemand zweifelt daran, daß gerade die Informationspolitik zwischen den Staaten zu einem absoluten Muß geworden ist, denn ohne Information keine Konsultation, ohne Konsultation keine vorbeugenden Maßnahmen, wie etwaige Katastrophen verhindert werden können. Das Reaktorunglück von Tschernobyl, das hier nur herausgestellt werden soll, weil es die jüngste Katastrophe ist im Rahmen einer Kette von Unglücken, die sich überall auf der Welt ereignet haben, setzte ein erneutes Zeichen und zeigte die Dringlichkeit auf, daß zwischen den Staaten, zwischen Ost und West, eine bessere Informationspolitik betrieben werden muß.

Es gibt Kräfte in der Natur, die der Mensch nicht unbedingt bändigen kann. Unser Verständnis von der Natur und von der Welt, auf der wir leben, sollte den Vorstellungen von bloßer Effektivität und absoluter Beherrschbarkeit nicht unterworfen sein, da die Gleichberechtigung von Mensch und Natur unabdingbare Voraussetzung ist für unser Überleben. Nur mit einem Verständnis, die Welt als gleichwertig und umfassend zu Schützendes anzusehen, haben wir Chancen und Hoffnungen gemeinsam die Probleme der Zukunft zu bewältigen. In den vergangenen Wochen haben wir vieles über „wenn und hätte“, „dann wäre das technisch zu verhindern gewesen“ gehört. „Wenn und hätte“ als Synonym für das sogenannte Restrisiko sollte uns erst recht verdeutlichen, daß alle menschliche Vorsorge den GAU, den Größtmöglichen Atomunfall, nicht verhindern kann.

Begreiflicherweise findet bei uns in Europa eine Diskussion statt, wie für die Zukunft unsere Energieversorgung gesichert werden kann. Die Diskussionen werden selbstverständlich nicht frei von tiefgehenden Gefühlen geführt. Dazu war die Betroffenheit und die direkte Erlebbarkeit viel zu groß. Nach den bisherigen energiepolitischen Zielen der Europäischen Gemeinschaft sollte der Anteil der Kernenergie von 31 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Koch-Druck



Die ersten Diskussionen im Europäischen Parlament haben gezeigt, daß eine beachtliche Mehrheit der Abgeordneten die bisherigen Zielsetzungen immer noch für vertretbar hält. Dem gegenüber ist die Sozialistische Fraktion mit überwiegender Mehrheit ein konsequenter Vorreiter für den Ausstieg aus der Kernkraftenergie mit entsprechenden Forderungen an die installierende Industrie. Auch, wenn das Europäische Parlament zur Zeit noch keineswegs die kontrollierende und verändernde Gesetzgebungskompetenz hat wie die nationalen Parlamente, so bemühen wir uns, die Gesundheitsschutzbestimmungen, wie sie in dem Vertrag der Europäischen Atomgemeinschaft niedergeschrieben wurden, auch im Hinblick auf die durch Tschernobyl eingetretene Lage voll auszuschöpfen.

Das Jahr 1987 soll das europäische Jahr des Umweltschutzes werden. Damit soll die Öffentlichkeit für die Probleme des Umweltschutzes sensibilisiert werden. Wir hoffen selbstverständlich auch, daß das Entscheidungsgremium der Europäischen Gemeinschaft, der Ministerrat, dann ebenfalls unverzüglich Sofortmaßnahmen ergreifen wird, um der weiteren Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten. Wünschenswerter wäre natürlich, wenn alle Staaten dieser Welt 1987 zum Umweltjahr erklären würden. Die Probleme in West und Ost, Nord und Süd sind nämlich die gleichen.

Wie ich erfahren habe, soll die Umweltbelastung der Luft in der Tschechoslowakei bereits so weit fortgeschritten sein, daß erhebliche Einschränkungen bei der Arbeitsproduktivität zu verzeichnen sind. Auch die Deutsche Demokratische Republik, die inzwischen zu einem der Hauptabnahmelande für gefährliche Abfälle aus der EG geworden ist, circa 50 Prozent aller gefährlichen Abfälle, die in der EG anfallen, werden in die DDR verbracht, sitzt auf einer tickenden Zeitbombe. Ihnen sind sicherlich die Probleme in der UdSSR bekannt, wie zum Beispiel der aufgetretene Wassermangel in Gebieten wie dem Ural, den Donnezbecken und in Turkmenistan, in denen normalerweise beträchtliche Wasservorräte vorhanden sind. Und ich glaube auch, daß die sowjetische Bevölkerung sensibler geworden ist gegenüber Umweltproblemen, wie das Beispiel auf der Insel Krim zeigt, wo Touristen und Anlieger gegenüber der Pflanzenmittelindustrie Protest anmelden.

Ich weiß, daß die Sowjetunion beträchtliches Forschungspotential eingesetzt hat, um den entstehenden Umweltproblemen Herr zu werden. Das Projekt Ökopolis an der Moskauer Universität kann Ergebnisse vorweisen, die international anerkannt sind. Auch bei uns in Europa gibt es hervorragende Forschungsinstitute, die sich vielleicht auf ähnlichen Gebieten den Kopf zerbrechen wie ihre Moskauer Kollegen. Die Europäische Gemeinschaft hat zum Beispiel ein europäisches Umweltbüro eingerichtet, das die Vertretung von circa 60 Umweltschutzorganisationen der zwölf Mitgliedstaaten gewährleistet. Eine gute Grundlage, wie ich meine, um die Verzahnung von Umweltverbänden und den Regierungen herzustellen.

Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit im Umweltbereich kann somit zwischen Regierungsstellen und staatlich unabhängigen Umweltschutzverbänden stattfinden. Beide Seiten können sich dabei auf ein gemeinschaftsweites Informationssystem über Umweltdaten (CORINE) stützen, das jederzeit über den Zustand der Umwelt Auskunft gibt und aus denen sich Tendenzen ablesen lassen, welche weiteren Maßnahmen notwendig sind.

Es gibt heute bereits Anzeichen, daß sich das Bewußtsein der Menschen in mancher Hinsicht ändert, daß die Regierungen die Notwendigkeit einer vorbeugenden Umweltpolitik anerkennen. Somit ist die Problemlage jedem klar. Jetzt kommt es darauf an, daß die Staaten aufeinander zugehen und sich Gedanken machen, wie unsere Erde auch noch in den kommenden Jahrzehnten und Jahrhunderten erhalten werden kann. Das ist die Pflicht eines jeden von uns, unseren Kindern eine Umwelt zu hinterlassen, in der man leben und an der man sich freuen kann.

Dies alles ist unabweisbare und notwendige gewerkschaftliche Politik, da die Arbeitnehmerschaft über staatliche Grenzen hinweg sowohl im Arbeitsbereich und im Wohnbereich am stärksten betroffen ist. Das erfordert, daß sich die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften aktiv an einer grenzüberschreitenden Umweltpolitik beteiligen.

(-/16.7.1986/rfv/ks)

* * *

Atomteststopp ist machbar und nachprüfbar (Teil II u. Schluß)

Atommächte sollten dem sowjetischen Beispiel folgen

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP
Obmann der Sozialistischen Fraktion für Forschungs- und Energiepolitik

Käme es nun zu einem umfassenden Teststopp, so hätte er weitreichende Folgen:

1. Zwischen Ost und West wäre ein Stück neues Vertrauen hergestellt. Andere Schritte könnten folgen.
2. Die Entwicklung neuer, das heißt kleiner - und in Verbindung mit geeigneten Raketen - zielgenauer Atomsprengköpfe könnte vermieden werden. Damit könnte eine fließende Grenze zwischen atomaren und konventionellen Waffen vermieden und Kontrollverhandlungen erleichtert werden.
3. Der Weltraum bliebe von atomaren Waffen frei. Insbesondere könnte die Entwicklung des Freien Elektronenlasers (FEL) für das SDI-Vorhaben unterbunden werden, denn zur Zündung des FEL werden Sprengköpfe der Stärke von zig-Kilotonnen TNT benötigt.
4. Die Proliferation von Atomwaffen könnte besser unterbunden werden.
5. Die Modernisierung und Überprüfung vorhandener Atomsprengköpfe würde zum Stillstand kommen. Alte Sprengköpfe könnten nur noch unter Schwierigkeiten erneuert werden. Der Ausstieg aus der Atomwaffentechnik nähme mit dem Teststopp-Abkommen seinen Anfang.

Der Widerstand der amerikanischen Administration gegen ein Teststopp-Abkommen rührt nach Meinung vieler Beobachter von der Tatsache her, daß damit das SDI-Programm weitgehend beschränkt würde. Laserverwaffen würden unmöglich werden. Sie durch andere Waffensysteme zu ersetzen, dürfte schwierig sein. Eine amerikanische Beteiligung am Teststopp wäre damit das Ende des SDI-Projekts.

Allerdings ist schon heute die Mehrheit der Amerikaner für einen Teststopp. Jüngere Meinungsumfragen signalisieren sogar eine Zunahme der Teststopp-Befürworter auf weit über 60 Prozent hinaus. In Großbritannien sollen es sogar 84 Prozent der Befragten sein. Somit wurde die kürzlich im Gelände von Nevada durchgeführte Zündung eines britischen Atomsprengkopfes gegen den eindeutigen Willen der Bevölkerung ausgeführt.

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß weltweit der Widerstand gegen Atomtests im Wachsen begriffen ist. Deswegen wäre eine Wiederaufnahme der sowjetischen Tests nach dem 6. August 1986 ein verhängnisvoller Rückschlag auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen. Vor allem wären jene entmutigt, die große Hoffnung auf Gorbatschows Initiative setzen.

Die Sowjetunion verdient deshalb neben der Anerkennung für ihre mutige Initiative auch Unterstützung in anderen Ländern. Es genügt nicht nur, die UdSSR zum Weitermachen zu ermutigen. Sie muß auch Nachahmer finden. Die USA sind dabei der entscheidende Ansprechpartner. Besondere Hoffnung liegt auf dem Kongreß, der mit seinem Budgetrecht die Mittel für weitere Tests verweigern könnte. Versuche in diese Richtung gab es schon mit der gemeinsam von Abgeordneten des Senats und des Repräsentantenhauses eingebrachten Resolution 3 zur Verhinderung von Nuklearen Tests vom Januar 1985, die zu einem vielbeachteten Hearing des Auswärtigen Ausschusses führte. Diese Initiative müßte verstärkt und erneuert werden.

Aber auch die Europäer sind zu Initiativen aufgefordert. Schließlich ist Westeuropa Bündnispartner der USA und nebenbei erstes Opfer eines atomaren Schlagabtauschs, und zum zweiten zählen Frankreich und Großbritannien zu den Atommächten, die ihr vorhandenes Arsenal nebenbei noch gewaltig aufstocken wollen.

Die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich mehrfach - allerdings gegen die Stimmen der Franzosen - für einen Teststopp ausgesprochen. Es gilt jetzt, diese Haltung verstärkt zu einem Thema des EP zu machen. Vor allem muß der Einstieg in die Brütertechnologie verhindert werden, denn nur über den Brüter kann ausreichend militärisch nutzbares Plutonium erzeugt werden.

Die Wissenschaftler haben die Atomwaffen geschaffen. Sie haben damit Pandoras Büchse aufgemacht. Sie wieder zu schließen, daran müssen Wissenschaft und Politik gemeinsam arbeiten. Vielleicht ist der Versuch mit dem umfassenden Teststopp die letzte Chance.

(-/16.7.1986/rh/ks)



Wann stürzt die Militärjunta?

Widerstand auch bei den alten Stützen des Pinochet-Regimes

Von Ernst Waltemathe MdB

Wie in den Medien berichtet wurde, war der Generalstreik am 2./3. Juli 1986 - organisiert von der neugegründeten Bürgerversammlung - der erste größere Erfolg der Opposition in diesem Jahr, das von der MDP und den Christdemokraten im voraus zum entscheidenden Jahr der Opposition erklärt worden war.

Wer ist die Bürgerversammlung und was will sie?

Der Generalstreik war die erste Aktion der Bürgerversammlung (Asamblea de la Ciudadanía), so daß sein Erfolg oder Mißerfolg entscheidenden Einfluß nimmt auf die weitere Kraft dieses Bündnisses. Einem Bündnis, das hauptsächlich zu dem Zweck gegründet worden war, eine gemeinsame politische Perspektive für die Opposition zu finden und gemeinsame Protestveranstaltungen auf nationaler Ebene zu organisieren. Dabei besitzt die Asamblea den großen Vorteil, nicht extra zur weitergehenden Politisierung aufrufen zu müssen, denn sie besteht ja bereits aus den Basisgruppen und Verbänden, die in den letzten Jahren Protestveranstaltungen durchgeführt haben. Zu erinnern sei an Streiks im Gesundheitswesen, an den Universitäten und Schulen, an Unruhen in den Poblaciones (den Elendsviertel) et cetera.

In der Breite des Bündnisses liegt sowohl sein Schwachpunkt als auch seine Chance, denn bislang bestehen noch keine gemeinsamen konkreten Vorstellungen darüber, wie der Übergang in die Demokratie vor sich gehen soll. Auch die „Demandas de Chile“, die „chilenischen Forderungen“ der Bürgerversammlung an Pinochet, sind in dieser Hinsicht ein unkonkretes Gebilde. Heute stehen noch unterschiedliche Vorstellungen im Raum: die Einrichtung einer Übergangsregierung und einer verfassungsgebenden Versammlung, die Reform der Verfassung von 1980, die Durchführung sofortiger allgemeiner Wahlen und die Forderung nach einem Volksentscheid für die Verfassung von 1925 (die bis vor dem Militärputsch gültig war) oder für die Pinochet-Verfassung von 1980. Immerhin gibt es eine Annäherung in der Vorstellung, daß sich Pinochet wohl nicht über einen gemeinsamen Dialog absetzen läßt, sondern der politische Druck stärker werden muß. Das Problem liegt also darin, eine Lösung zu finden, mit der die große Mehrheit der Parteien einverstanden ist und in der sich die breite Masse des chilenischen Volkes wiederfindet. Gegen ein breites Bündnis spricht bis heute die starke Zersplitterung der Parteienlandschaft Chiles.

Gerade den Parteien wird häufig vorgeworfen, nur dann die Front gegen Pinochet zu stärken, wenn sie für sich selbst einen politischen Vorsprung (der sich später einmal in Wählerstimmen umsetzen läßt) ausrechnen können. Die Asamblea - in der die Parteien nur im Hintergrund zu erkennen sind - ist demnach der erste Versuch, das parteipolitische Hickhack zu überwinden, denn hier haben nicht mehr die Parteien das Sagen, sondern die Berufsverbände (Bauern, Lehrer, Ärzte, Transportunternehmer et cetera) die Gewerkschaften, Stadtteilbewegungen, die Mapuche-Organisation unter anderem, insgesamt 17 Organisationen.

Chiles „Beschäftigungsförderungsgesetz“ gegen streikende Arbeiter

Widersprüchlich mag erscheinen, daß der Kleinhandel, die Busunternehmer et cetera der Streikaufforderung folgten - also Gruppen, die vor Jahren noch zu Pinochets Gefolgschaft zählten -, während Arbeiter kaum dem Aufruf zur Arbeitsniederlegung nachkamen. Sie können zur Zeit noch nicht das Risiko eingehen, ihre Arbeitsplätze mit einem Streik zu verlieren. Ihnen ist das Beispiel der Kupfermine von El Salvador noch im Gedächtnis. In El Salvador, dem Bergwerk mitten in den Bergen der Atacama-Wüste, wurde im Juni 1983 der erste ernsthafte Versuch unternommen, einen Nationalstreik einzuleiten. Sobald der Streik begonnen hatte, strömten tausende von Arbeitslosen an diesen isolierten Ort in der Hoffnung, die streikenden Arbeiter ersetzen zu können. Über Tausend Bergarbeiter verloren damals ihre Arbeit, von denen 640 nie wieder eingestellt wurden. Diese Arbeiter stehen auf einer schwarzen Liste und dürfen keine Arbeit mehr annehmen - auch nicht bei den staatlichen Minimalbeschäftigungsprogrammen.

Wie Staat und Industrie die hohe Arbeitslosigkeit in Chile ausnutzen, zeigt das Beispiel der Kupferminen: Chile ist der größte Kupferexporteur der Welt, das Kupferunternehmen CODELCO befindet sich in staatlicher Hand. Durch Rationalisierungen und den möglichen Rückgriff auf Leiharbeiter wurde die Belegschaft von 32.000 Arbeitern 1973 auf 25.000 Arbeitern 1984 reduziert. Gleichzeitig wur-



den 1984 aber 12.000 Personen über Vertragsfirmen beschäftigt. Welche Folgen der Abbau von Arbeitsrechten in der Bundesrepublik in Zukunft haben kann, ist nirgends so gut zu studieren wie in Chile. Während die Kupferarbeiter seit jeher - durch die strategische Bedeutung des Kupfers - im Vergleich zu ihren Kollegen in anderen Industrien weitaus höhere Tarifabschlüsse aushandeln konnten, stehen die Leiharbeiter der Vertragsfirmen mit Zeitverträgen ohne jegliche Absicherung da. Darüber hinaus ist der Verdienstunterschied gravierend: ein Leiharbeiter erhält 8.000 pesos, sein direkt bei CODELCO beschäftigter Kollege 76.000 pesos (1.500 DM) monatlich, das Neuneinhalbfache! Auf diese Weise kann jede zwischen Gewerkschaft und Unternehmen ausgehandelte Tarifvereinbarung ad absurdum geführt werden und die Schwächung der Gewerkschaften vorangetrieben werden. Heute sind nur noch etwa zehn Prozent der arbeitenden Chilenen überhaupt Mitglied einer Gewerkschaft. Pinochets Arbeitsgesetz, das Gewerkschaften nur auf der Ebene der Einzelfirmen erlaubt, hat dazu geführt, daß 300.000 Arbeiter und Angestellte heute in 4.400 Einzelgewerkschaften organisiert sind, was einen Durchschnitt von 60 Mitgliedern pro Gewerkschaft bedeutet. Diese Gewerkschaften handeln in den meisten Fällen voneinander isoliert, denn höchstens 50 Prozent von ihnen haben sich einer nationalen Gewerkschaftsorganisation angeschlossen.

Pinochet lobt die Arbeiter

Um einen Generalstreik zu ermöglichen, ist mehr politische Vorbereitungszeit sowohl unter den Einzelgewerkschaften als auch unter den Arbeitslosen - den potentiellen Streikbrechern - zu leisten. Im Moment noch können die Arbeiter nicht die Anführer der nationalen Protesttage sein, denn sie riskieren, entlassen zu werden, um dann - wenn sie Glück haben (?) - als Leiharbeiter am selben Arbeitsplatz wieder eingesetzt zu werden. Vor diesem Hintergrund konnte Pinochet den Arbeitern seine Anerkennung aussprechen, weil sie dem Streik in der Mehrheit nicht gefolgt waren.

Die Protesttage haben ein Nachspiel: Um weitere Aktionen der Asamblea zu vereiteln, wurden 15 Anführer der Bürgerversammlung verhaftet. Inzwischen erklärten sich die katholischen Bischöfe Chiles mit den 15 Verhafteten solidarisch und forderten die Militärregierung auf, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben wieder in zivile Hände zu legen. Unter den Verhafteten befindet sich Juan Luis Gonzales. Gonzales ist Präsident des chilenischen Ärzteverbandes, der nun aus Protest für diesen Mittwoch, den 16. Juli 1986 zu einem nationalen Ärztestreik aufgerufen hat. Hier hätte der Hartmannbund eine Möglichkeit, seine Solidarität mit dem chilenischen Ärzteverband zu bekunden. Das Solidaritätsvikariat der katholischen Kirche unter Druck

Auch die katholische Kirche verspürt die Konfrontation zwischen Pinochet und der Opposition durch wachsende staatliche Repression - und das ein Jahr vor dem angekündigten Papstbesuch. War es bisher nur zu vereinzelt Aktionen gegen die Menschenrechtsorganisation „Vicaría de la Solidaridad“ des Erzbistums Santiago gekommen, scheint die Junta nun entschlossen, auf breiterer Front gegen diese verhaßte Institution vorzugehen, die seit mehr als zehn Jahren humanitäre und juristische Hilfe leistet: Ihre Rechtsabteilung übernimmt die Verteidigung politisch Verfolgter, Ärzte bieten den Opfern der Repression erste Hilfe, die politischen Häftlinge werden unterstützt, der ärmsten Bevölkerung wird materiell unter die Arme gegriffen.

Seit dem 6. Mai sitzen zwei Mitarbeiter der Vicaría im Gefängnis: der Arzt Ramiro Olivares und der Rechtsanwalt Gustavo Villalobos. Schon eine Woche vorher waren zwei Ärzte und ein Krankenpfleger der „Chiloe-Klinik“ mitten in der Nacht in einer regelrechten Entführungsaktion festgenommen worden; das Krankenhaus, das seit vielen Jahren eng mit der Vicaría zusammenarbeitet, wurde tags darauf von der Kripo durchsucht, die sämtliche Krankenakten der inzwischen immerhin etwa 3.000 Patienten beschlagnahmt, die vom Solidaritätsvikariat überwiesen worden waren. Das sind im wesentlichen die Opfer des Staatsterrors in Chile, die in der Vicaría Zuflucht suchten.

Unsere Solidarität ist gefragt

In der nun hoffentlich eintretenden Endphase der Diktatur braucht Chile mehr denn je unsere Unterstützung. Der äußere Druck muß wachsen, das Militärregime muß international isoliert werden, damit es ein möglichst schnelles und gewaltfreies Ende nimmt.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei den USA zu. Wenn Chile zur „westlichen Wertegemeinschaft“ gezählt werden soll, müssen Diktatur und brutale Unterdrückung der eigenen Bevölkerung beseitigt, müssen Menschenrechte wieder eingeführt werden. Auch die EG-Staaten können durch gemeinsames Handeln und abgestimmtes Verhalten den Druck verstärken.

Deutsche sollten wissen, was es bedeutet, wenn seit dem 11. September 1973 schon mehr Zeit vergangen ist als Hitlers „Drittes Reich“ gedauert hat. Wenn irgendwo eine politisch-moralische Wende von Nöten ist, dann in Chile, dessen Volk unsere Solidarität verdient. (-/16.7.1986/rh/ks)

